

Übersicht

über die vom Planungs- und Verkehrsausschuss des Rhein-Sieg-Kreises in seiner 22. Sitzung am 18.03.2014 gefassten Beschlüsse:

TO.- Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./ Ergebnis	Abstimmungs- ergebnis
	Öffentlicher Teil		
	Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten	PVA 109/14 Änderung der Beratungsreihenfolge	
1	Niederschrift über die 21. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 22.01.2014	anerkannt	
2	Niederschrift über die 6. Gemeinsame Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 11.10.2013	anerkannt	
3	Antrag der SPD-Fraktion vom 27.01.2014: Schaffung einer neuen Busverbindung zur besseren Anbindung der Rheinbacher und Meckenheimer Ortsteile an die Regionalbahn 23	Verzicht auf heutige Abstimmung, Prüfung im Zuge der Fortschreibung des Nahverkehrsplans	Einvernehmen, Seite
4	Gemeinsamer Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen vom 05.03.2014: Einrichtung einer neuen Buslinie Rheinbach-Wormersdorf-Ersdorf-Altendorf-Meckenheim	Verzicht auf heutige Abstimmung, Prüfung im Zuge der Fortschreibung des Nahverkehrsplans	Einvernehmen, Seite
5	Interfraktioneller Antrag vom 05.03.2014: S-Bahn-Angebot auf der Siegstrecke auch nachmittags verdichten	PVA 110/14 Zustimmung zum Antrag	einstimmig, Seite
6	Gemeinsamer Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen vom 07.03.2014: Tarifreform im VRS-Verbund	PVA 111/14 Zustimmung zum Antrag	einstimmig bei 1 E, Seite
7	Antrag der SPD-Fraktion vom 07.03.2014: Halt der Schnellbuslinie SB 55 an der Haltestelle Bergheim, Bergstraße/L 269	Zurückstellung des Antrages bis zur Gemeinschaftssitzung am 4.04.2014, Prüfung eines Alternativ-Vorschlages	Einvernehmen, Seite
8	21. Kreiswettbewerb 2014 "Unser Dorf hat Zukunft" - Bestellung der Bewertungskommission -	PVA 112/14 Empfehlung an KA: Zustimmung zum Beschluss- Vorschlag einschl.	einstimmig bei 1 E, Seite

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungs-ergebnis
		Ergänzungen	
9	Brückensanierungen - Sachstandsbericht -	Kenntnisnahme	--
10	Mitteilungen und Anfragen		
10.1	Verlängerung der Buslinie 579 bis Windeck-Rosbach - Ergebnis des Prüfauftrages -	Kenntnisnahme, erneuter Prüfauftrag an Verwaltung	Einvernehmen, Seite
10.2	Neubau der Aggerbrücke bei Lohmar-Schiffarth, K 39 - Sachstandsbericht -	Kenntnisnahme	--
10.3	Aktuelle Mitteilungen und Anfragen a) Barrierefreiheit im ÖPNV b) Bundesverkehrswegeplan c) Sanierung K 39, Gammersbach/Lohmar d) Gewerbeflächenkonzept	Kenntnisnahme	--
	Nichtöffentlicher Teil		
11	Mitteilungen und Anfragen		

Folgende Beschlussempfehlung fällt in die **Zuständigkeit des Kreisausschusses**:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungs-ergebnis
8	21. Kreiswettbewerb 2014 "Unser Dorf hat Zukunft" - Bestellung der Bewertungskommission -	PVA 112/14 Empfehlung an KA: Zustimmung zum Beschluss- Vorschlag einschl. Ergänzungen	einstimmig bei 1 E , Seite

Niederschrift

über die in der 22. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses des Rhein-Sieg-Kreises am 18.03.2014 gefassten Beschlüsse:

Sitzungsbeginn: 16:05 Uhr
Sitzungsende: 17:55 Uhr
Ort der Sitzung: A 1.16
Datum der Einladung: 07.03.2014
Einladungsnachtrag vom: --

Anwesende Mitglieder:

Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Rolf Bausch
 Herr Norbert Chauvistré in Vertretung für Abg. Mersch
 Herr Marcus Kitz
 Herr Oliver Krauß
 Herr Karl Schmitz in Vertretung für Abg. Salgert
 Herr Helmut Weber
 Herr Frank Zähren

Kreistagsabgeordnete SPD

Herr Harald Eichner in Vertretung für SkB Schlömer
 Frau Ute Krupp
 Herr Jürgen Kusserow
 Herr Jürgen Schulz bis 17.20 Uhr, in Vertretung für Abg. Tendler

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Lisa Anschütz
 Herr Martin Metz
Herr Ingo Steiner **Vorsitzender**

Kreistagsabgeordnete FDP

Herr Dr. Friedrich-Wilhelm Kuhlmann

Kreistagsabgeordnete Bürger für Meckenheim

Herr Hermann-Josef Nöthen

Sachkundige/r Bürger/innen DIE LINKE

Herr Gero Knuth

Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Herr Guido Koch
 Herr Joachim Krüger in Vertretung für SkB Tewes

Sachkundige/r Bürger/innen FDP

Herr Klaus Reker

Schriftführerin

Frau Ursula Hillebrand

22. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 18.03.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Entschuldigt fehlten:

Herr Abg. Werner Albrecht (SPD)
 Frau Abg. Renate Mersch
 Herr Abg. Tim Salgert (CDU)
 Herr SkB Dirk Schlömer (SPD)
 Herr Abg. Dietmar Tendler (SPD)
 Herr SkB Frederic Tewes (CDU)

Vertreter/-innen der Verwaltung:

Planungsdezernent Herr Michael Jaeger
 Planungsamtsleiter Herr Dr. Mehmet Sarikaya
 Straßenverkehrsamtsleiter Herr Dieter Siegberg
 Herr KVR Harald Pütz
 Herr Dipl.-Geogr. Dr. André Berbuir

TOP 9

22. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 18.03.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Öffentlicher Teil

	Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten	
--	---	--

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, begrüßte die Ausschussmitglieder, die Verwaltung und die Vertreterin der Presse zur 22. Sitzung. Er stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung fest und wies darauf hin, dass der mit der Einladung bereits angekündigte Sachstandsbericht (Anlage 8) zu TOP 10.2 „Neubau der Aggerbrücke bei Lohmar-Schiffarth, K 39“ und zu TOP 10.3 „Aktuelle Mitteilungen und Anfragen“ der aktuelle Schriftwechsel zum Bundesverkehrswegeplan (Anlagen 9-12) sowie ein Flyer zur Sanierung der Nordbrücke als **Tischvorlagen** nachgereicht worden seien.

Abg. Bausch schlug vor, das Thema Brückensanierungen (TOP 9) zusammen mit TOP 7 „Antrag der SPD-Fraktion vom 07.03.14: Halt der Schnellbuslinie SB 55 an der Haltestelle in Bergheim, Bergstraße/L 269“ unmittelbar im Anschluss an TOP 2 zu beraten. Ebenfalls sollten die als TOP 3 und 4 vorgesehenen Anträge zur „Einrichtung einer Buslinie Rheinbach/Meckenheim“ zusammen beraten werden.

B.-Nr. **Die Tagesordnungspunkte 9 und 7 werden zusammen und unmittelbar im Anschluss an TOP 2 beraten. TOP 3 und 4 werden ebenfalls zusammen behandelt.**

109/14

Abst.- einstimmig
Erg.:

Anmerkung der Schriftführerin:
Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird in der Niederschrift die ursprüngliche Reihenfolge der Tagesordnungspunkte beibehalten.
Die Tischvorlagen sind dieser Niederschrift noch einmal als Anlagen 1-6 beigelegt.

1	Niederschrift über die 21. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 22.01.2014	
---	--	--

Es gab keine Einwendungen. Die Niederschrift wird anerkannt.

2	Niederschrift über die 6. Gemeinsame Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 11.10.2013	
---	---	--

Es gab keine Einwendungen. Die Niederschrift wird anerkannt.

22. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 18.03.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
3	Antrag der SPD-Fraktion vom 27.01.2014: Schaffung einer neuen Busverbindung zur besseren Anbindung der Rheinbacher und Meckenheimer Ortsteile an die Regionalbahn 23	

siehe TOP 4

4	Gemeinsamer Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen vom 05.03.2014: Einrichtung einer neuen Buslinie Rheinbach-Wormersdorf-Ersdorf-Altendorf-Meckenheim	
---	---	--

Beide Anträge (TOP 3 und 4) wurden zusammen beraten.

Abg. Krupp begründete noch einmal den Antrag der SPD-Fraktion. Über die Schaffung einer guten Alternative für den ländlichen Raum bestehe sicherlich Konsens, wie der gemeinsame Antrag von CDU/GRÜNE zum gleichen Thema zeige. Auch im Rat der Stadt Rheinbach habe man die Einrichtung einer Buslinie zwischen Rheinbach und Meckenheim positiv beschieden. Die Frage sei, wie die Linienführung verlaufen solle. Der Antrag von CDU/GRÜNE habe für sie den Nachteil, dass er die Rheinbacher Höhenorte nicht berücksichtige. Sie hoffe, dass sich der Ausschuss über eine Linienführung verständigen könne, damit die Buslinie zum Fahrplanwechsel im Dezember eingerichtet werden könne.

Abg. Bausch äußerte, die Thematik sei schon mehrmals im Ausschuss diskutiert worden. Frau Krupp habe bereits eine ganze Reihe von Aspekten angesprochen. Auch die Unzufriedenheit der Versorgung durch die Ahrweiler Verkehrsbetriebe sei bekannt. Durch die neuen Haltepunkte der RB 23 habe das Thema jetzt eine zusätzliche Dynamik erfahren. Es gebe in der Tat durchaus deckungsgleiche Bestrebungen, hier eine Verbesserung zu erzielen. Ein wichtiger Unterschied sei aber die von der SPD gleichzeitig geforderte Anbindung der Rheinbacher Höhenorte. Dies sei unter verschiedenen Aspekten problematisch. Er wolle dies aber heute gar nicht fachlich diskutieren, sondern vielmehr die Verwaltung um Prüfung und Erarbeitung von entsprechenden Vorschlägen bitten. Es müsse auch geklärt werden, welcher Linienweg wie viel koste und wer sich in welcher Höhe an den Kosten beteiligen müsse. Er schlage deshalb vor, der Verwaltung einen entsprechenden Auftrag zu erteilen.

Abg. Nöthen bat darum, in eine Prüfung der Linienwege auch eine „Schleife über Gelsdorf/Rheinland-Pfalz“, ca. 2 km, mit einzubeziehen (Berücksichtigung von Einkaufsmöglichkeiten).

Abg. Metz unterstützte den Vorschlag des Abg. Bausch. Um über die Einrichtung einer neuen Buslinie entscheiden zu können, brauche man eine vernünftige Vorlage unter Berücksichtigung von Kostenberechnungen. Erforderlich sei darüber hinaus eine Beteiligung der Kommunen. Ein Schnellschuss sei nicht sinnvoll. CDU und GRÜNE bitten deshalb um Prüfung im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplans.

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya bekräftigte die Argumente von Herrn Metz und ergänzte, die Verwaltung sei sowohl mit den Kommunen als auch mit den Verkehrsunternehmen im Gespräch und werde noch in diesem Jahr ein

22. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 18.03.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

entsprechendes Konzept erarbeiten.

Der Vorsitzende stellte in Absprache mit den antragstellenden Fraktionen fest, dass auf die heutige Abstimmung über beide Anträge verzichtet wird.

Es bestehe **Einvernehmen** darüber, dass die Verwaltung die **Einrichtung einer neuen Buslinie** unter Beteiligung der Kommunen und der Verkehrsunternehmen **prüfe** und **im Zuge der Fortschreibung des Nahverkehrsplans** dem Ausschuss eine umfassende Beschlussvorlage einschließlich Linienführung und Kostenberechnung vorlege.

5	Interfraktioneller Antrag vom 05.03.2014: S-Bahn-Angebot auf der Siegstrecke auch nachmittags verdichten	
---	---	--

Abg. Krauß dankte allen Fraktionen, dass sie sich im Vorfeld zu dieser gemeinsamen Initiative bereit erklärt haben. Es sei wichtig, dass man gegenüber dem NVR geschlossen auftrete und dort gemeinsam eine Position vertrete. Leider habe man zurzeit nur die Chance, durch die zusätzlichen Nachmittagsverkehre den Abschnitt zwischen Troisdorf und Hennef zu entlasten. Natürlich wisse er, dass im Bereich der „Oberen Sieg“ weiterhin Unzufriedenheit bezüglich des SPNV-Angebotes bestehe. Deshalb sei in der Antragsbegründung auch noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen worden, dass an dem Ziel einer dringend notwendigen zusätzlichen S-Bahn-Verbindung bis nach Au (Sieg) festgehalten werde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, stellte der Vorsitzende den interfraktionellen Antrag zur Verdichtung des S-Bahn-Angebotes auf der Siegstrecke zur Abstimmung.

B.-Nr.
110/14

Der Planungs- und Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, beim Zweckverband Nahverkehr Rheinland (NVR) auch in der nachmittäglichen Hauptverkehrszeit Verstärkungsfahrten zwischen Hennef und Troisdorf (S 13 / S 19) zu beantragen mit dem Ziel, diese zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu realisieren.

Abst.-
Erg.:

einstimmig

6	Gemeinsamer Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen vom 07.03.2014: Tarifreform im VRS-Verbund	
---	---	--

Abg. Metz erläuterte, die Tarifstufe 2 b sei seit längerer Zeit ein Ärgernis, insbesondere für die Gelegenheitsfahrer, die kein JobTicket haben. Im „kleinen Grenzverkehr“ zwischen Umlandkommune und Kernstadt (z.B. von Alfter-Witterschlick nach Bonn-Duisdorf) führe diese Tarifstufe zu überhöhten Fahrpreisen gegenüber Fahrten zu anderen Nachbarkommunen. Durch die prozentualen Tarifierhöhungen in den letzten Jahren habe sich diese Diskrepanz noch verstärkt.

22. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 18.03.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Die seinerzeit durch die starken Pendelverkehre erwarteten Mehreinnahmen seien ausgeblieben, da die Kunden oftmals erst mit dem Auto bis zur Stadtgrenze fahren und dann in Bus oder Bahn umsteigen. Das sei auch verkehrspolitisch nicht richtig. Mit dem heutigen Antrag solle ein deutliches Signal an den VRS gesandt werden und gleichzeitig die Nachbarkreise und -kommunen für dieses Thema sensibilisiert werden. Er hoffe deshalb auf eine breite Zustimmung zum Antrag.

Abg. Krupp bemerkte, ihre Fraktion sehe die gewünschte Tarifänderung eher skeptisch, zumal CDU und GRÜNE den Tarifstrukturen seinerzeit zugestimmt hätten und die Änderung nach ihrem Kenntnisstand ein Kostenvolumen von 8-10 Mio. € habe. Hinzu komme, dass die im VRS vertretenen Kernstädte dies nicht akzeptieren würden. Aus der Sicht ihrer Fraktion könne man den Antrag nur als Prüfauftrag an den VRS weitergeben. Es bleibe anzuwarten, was daraus werde.

Abg. Krauß bestätigte die Zuständigkeit des VRS. Insofern könne auch nur dort eine Entscheidung getroffen werden. Es sei richtig, dass seine Fraktion seinerzeit dem Tarifsysteem zugestimmt habe, dies sei jedoch bereits 10 Jahre her. Insofern müsse es jetzt auch erlaubt sein, das Tarifsysteem auf den Prüfstand zu stellen. Er halte die Preisstufe 2 b für den richtigen Einstieg, zumal sich die Nachteile für den suburbanen Raum bei diesem Tarif in den letzten Jahren verstärkt haben, wie Herr Metz richtig dargestellt habe.

Der Vorsitzende schloss sich den Ausführungen des Abg. Krauß an. Gerade für Kommunen wie Wachtberg, die an der Grenze zu Bonn liegen, habe die Tarifstufe 2 b erhebliche Nachteile, die für viele ÖPNV-Kunden nicht nachvollziehbar seien. Dies habe er als Mitglied im VRS bereits bei der Einführung der Tarifstruktur kritisiert. Bezogen auf das von Frau Abg. Krupp genannte Kostenvolumen bemerkte er, wenn ein Ticket günstiger werde, schließe dies ja nicht aus, dass ein anderes Ticket teurer werden könne. Es sei schließlich nicht Aufgabe der Kreise, die ÖPNV-Tickets der Großstädte zu subventionieren. Ziel sollte ein gerechtes und für alle Nutzer interessantes System sein.

Abg. Dr. Kuhlmann unterstützte den Antrag. Als Älterer könne er die Verärgerung über die Preisstufe 2 b sehr gut nachvollziehen. Vielleicht ergebe sich ja im Rahmen der Prüfung eine kostenneutrale Lösung.

Abg. Kusserow hielt es für richtig, die Tarifstruktur grundsätzlich in Frage zu stellen. Ziel müsse es sein, die Tarife für den ländlichen Raum gegenüber dem städtischen Raum zu verbessern. Er rege deshalb an, sich bei der Formulierung der Antragsbegründung nicht so sehr auf das Beispiel der Preisstufe 2 b zu konzentrieren, sondern sich vielmehr auf das gesamte Tarifsysteem zu beziehen.

Abg. Metz machte noch einmal deutlich, dass sich dieser Antrag auf die ganz spezielle Problematik der Tarifstruktur zwischen Kernstädten und angrenzenden Umlandkommunen beziehe. Das sei auch Gegenstand des Beschluss-Vorschlages. Das sich darüber hinaus weitere Diskussionen zum Tarifsysteem insgesamt ergeben können, könne ein positiver Nebeneffekt sein. Aus dem Beschluss-Vorschlag gehe eindeutig hervor, dass man die Tarifgestaltung bezüglich dieses einen Sachverhaltes nicht prüfen sondern ändern wolle. Wie die Änderung umgesetzt werde, müsse dann beim VRS diskutiert werden. Deshalb bitte er, dem Antrag in der vorgelegten Formulierung zuzustimmen.

22. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 18.03.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

B.-Nr.
111/14

Der Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt:

1. Der Rhein-Sieg-Kreis spricht sich für deutliche Änderungen in der Tarifgestaltung zwischen Kernstädten und den angrenzenden Nachbarkommunen in dem Sinne aus, dass derartige Fahrten preislich attraktiver werden. Die Kreisverwaltung wird gebeten, dies dem VRS mitzuteilen.
2. Die Kreisverwaltung wird gebeten, mit allen Nachbarkreisen und -kommunen Gespräche zu führen mit dem Ziel, die Problematik auf Zweckverbandsebene gemeinsam zu thematisieren.
3. Die Vertreter des Rhein-Sieg-Kreises in den Gremien des VRS werden beauftragt, auf eine Änderung der Tarifgestaltung im o.g. Sinne hinzuwirken.

Abst.-
Erg.:

einstimmig bei 1 E. (DIE LINKE)

7	Antrag der SPD-Fraktion vom 07.03.2014: Halt der Schnellbuslinie SB 55 an der Haltestelle Bergheim, Bergstraße/L 269	
---	--	--

Abg. Kitz äußerte, das Anliegen der Bergheimer, auf diesem Linienabschnitt zusätzliche Kapazitäten anzubieten, sei grundsätzlich sinnvoll, zumal hier durch den großen P & R-Platz am Fischereimuseum gute Umsteigemöglichkeiten auf den ÖPNV bestehen. Dennoch möchte seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen, gleichwohl aber einen **Alternativ-Vorschlag** machen:

Die Verwaltung solle bis zur Gemeinschaftssitzung am 04.04.2014 prüfen, ob es möglich sei, die Linie 550 auch während der Sommerferien nach dem Schulfahrplan fahren zu lassen. Dies würde zumindest in den Morgenstunden zu einer Taktverdichtung ab Rheidt-Unterführung von 20 auf 10 Minuten und damit zu zusätzlichen Kapazitäten in Rheidt, Mondorf, Bergheim und Müllekoven führen. Ggf. gebe es auch noch alternative Linienführungen der Buslinie 551, um die Haltestelle Bergheim, Bergstraße mit bedienen zu können.

Begründung:

1. Auf dem Abschnitt zwischen Mondorf und Autobahnanschlussstelle könne der Schnellbus SB 55 am zügigsten fahren, weil hier eine separate Busspur bestehe. Ein weiterer Halt sei deshalb gerade auf diesem Abschnitt von Nachteil.
2. Gerade in der morgendlichen Spitze sei der Schnellbus SB 55 schon heute ausgelastet und könne keine weiteren Fahrgäste an einem zusätzlichen Haltepunkt aufnehmen.
3. Die Zeitersparnis durch den Schnellbus SB 55 betrage im Vergleich zum regulären Bus zwischen Niederkassel-Lülsdorf und Bonn ca. 15 Minuten. Die Hälfte der Zeitersparnis werde durch den verkürzten Linienweg zwischen Rheidt und Mondorf hereingeholt. Insofern werde dem Anliegen der Bergheimer Einwohner aus der Sicht des Fahrgastes auch durch den Alternativ-Vorschlag Rechnung getragen.

Abg. Metz ergänzte, der Fahrzeitvorteil der Schnellbuslinie entfalle sowieso während der Sanierungsarbeiten auf der Nordbrücke. Auch er teile die grundsätzliche Idee der

22. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 18.03.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Kapazitätsausweitung auf diesem Streckenabschnitt. Dies habe er bereits in der letzten Sitzung durch eine Prüfbitt an die Verwaltung zum Ausdruck gebracht. Herr Kitz habe gute Gründe für seinen Alternativ-Vorschlag genannt. Insofern unterstütze seine Fraktion den Prüfauftrag an die Verwaltung.

Abg. Schulz stellte fest, es sei sicherlich richtig, dass der Schnellbus ab Mondorf bereits gut ausgelastet sei, andererseits werde aber auch die jetzt im Kreisausschuss beschlossene Taktverdichtung zu einer Entzerrung führen. Es sei schon mehrfach betont worden, dass jede Möglichkeit zur Entzerrung des Verkehrs genutzt werden sollte. Insofern könne man sowohl dem SPD-Antrag als auch dem Alternativ-Vorschlag zustimmen.

Abg. Metz betonte, das Anliegen der Bergheimer Bürger und des Antrags sei eine Kapazitätsausweitung als Pilotprojekt während der Sanierungsphase in den Sommerferien. Hierfür sei eine Alternative aufgezeigt worden, die keinen zusätzlichen Halt des Schnellbusses erfordere.

Abg. Krupp äußerte, der Alternativ-Vorschlag sei grundsätzlich nachvollziehbar. Vor einer Entscheidung wolle sie diesen aber noch mit der Antragstellerin besprechen.

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, stellte fest, es bestehe **Einvernehmen**, die Entscheidung über den **Antrag bis zur Gemeinschaftssitzung zurückzustellen** und die Verwaltung mit der **Prüfung des Alternativ-Vorschlages bis zum 04.04.2014** zu beauftragen.

8	21. Kreiswettbewerb 2014 "Unser Dorf hat Zukunft" - Bestellung der Bewertungskommission -	
---	--	--

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, benannte die Mitglieder (SkB Reiner Albrecht) und Stellvertreter/-innen (Abg. Lisa Anschütz, SkB Edgar Hauer, Abg. Günter Piéla) der Bewertungskommission für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

Abg. Krupp ergänzte die Besetzungsliste der SPD-Fraktion um Herrn Abg. Harald Eichner als Stellvertreter.

Die so ergänzte Beschluss-Empfehlung stellte der Vorsitzende anschließend insgesamt zur Abstimmung.

B.-Nr.
112/14

Der Planungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

- I. Die Bewertungskommission für den Kreiswettbewerb 2014 „Unser Dorf hat Zukunft“ als Vorentscheid für den gleichnamigen Landes-/ Bundeswettbewerb wird wie folgt besetzt:

1. CDU-Fraktion
Stellvertreterin

Frau Renate Becker-Steinhauer
Frau Hildegard Helmes

2. SPD-Fraktion:
Stellvertreter:

Herr Jürgen Schulz
Herr Harald Eichner

22. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 18.03.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

- | | |
|---|---|
| 3. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN:
Stellvertreter/-in: | Herr Reiner Albrecht
Frau Lisa Anschütz
Herr Edgar Hauer
Herr Günter Piéla |
| 4. FDP-Fraktion:
Stellvertreter: | Herr Klaus-Peter Smielick
Herr Klaus Reker |
| 5. Beirat bei der Unteren:
Landschaftsbehörde | Herr Bernd Schwontzen |
| 6. Landwirtschaftskammer NRW | Frau Dr. Marie-Therese Schnause |
| 7. Bezirksregierung Köln, Dez. 33 | Frau Birgit Reinhardt |
| 8. Landfrauenverband:
Stellvertreterin: | Frau Marianne Severin
Frau Andrea Lohausen |
| 9. Bauaufsichtsamt des Rhein-Sieg-Kreises: | Herr Gerald Paffenholz |
| 10. Planungsamt des Rhein-Sieg-Kreises: | Frau Beate Klüser |

II. Die Bewertungskommission entscheidet abschließend über Geldpreisvergaben.

III. Im Rahmen des Wettbewerbs wird eine Bereisung der gemeldeten Dörfer durch die Bewertungskommission erforderlich. Der damit verbundene Aufwand wird in analoger Anwendung des § 9 der Hauptsatzung des Rhein-Sieg-Kreises erstattet (dies gilt auch für die Sachkundigen Bürger). Die übrigen Jurymitglieder erhalten Reisekosten in entsprechender Anwendung dieser Bestimmung (dies gilt nicht für die Mitarbeiter/-in der Kreisverwaltung).

Abst.- einstimmig bei 1 E (DIE LINKE)
Erg.:

9	Brückensanierungen - Sachstandsbericht -	
---	---	--

Straßenverkehrsamtsleiter Siegberg erläuterte den Sachstand, nachdem die Entscheidung für eine sog. 2+0-Verkehrsführung auf der Bonner Nordbrücke während des Austausches der Fahrbahnübergänge in den Sommerferien 2014 gefallen ist. Detaillierte Informationen können der **Anlage 7** der Niederschrift entnommen werden.

Abg. Kitz bezog sich auf die L 16, die heute zwischen der Anschlussstelle Bonn-Beuel-Niederkassel und Bonn-Beuel, Stiftsstraße 3-spurig verlaufe. Neben den beiden Individualspuren gebe es in Süd-Nord-Richtung eine separate Busspur. Wenn man diese schon nicht abwechselnd in die eine oder andere Richtung nutzbar machen könne, warum könne diese dann nicht wenigstens in eine separate Busspur in die entgegen gesetzte Nord-Süd-Richtung umfunktioniert werden? In der morgendlichen Spitze sei der Verkehr erheblich dichter.

Herr Siegberg antwortete, nach Auffassung der Stadt Bonn sei der

22. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 18.03.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Straßenquerschnitt insgesamt nicht breit genug, um drei Fahrspuren zu separieren. Der Rhein-Sieg-Kreis werde dies jetzt noch einmal mit Straßen.NRW und der Stadt Bonn prüfen.

Abg. Kitz kam noch einmal zurück auf die in der letzten Sitzung angesprochene mögliche Änderung des Linienweges für den Schnellbus SB 55. Nach Mitteilung der RSVG sei das kurzzeitige Verlassen des Linienweges in Schwarz-Rheindorf inzwischen von der Bezirksregierung genehmigt worden. Dies habe leider den Nachteil, dass es auch Nachahmer gebe und insofern die Umfahrung des Staus möglicher Weise nicht den gewünschten Erfolg bringe. Er erkundigte sich, ob es ggf. durch Einrichten von Einbahnstraßen eine Möglichkeit gebe, diesen „Nachahmer-Effekt“ zu verhindern.

Herr Siegberg äußerte, dies müsse mit der RSVG, der SWB und der Stadt Bonn besprochen werden. Aus Erfahrung wisse er allerdings, dass zusätzliche Schilder in „vermeintlichen Notsituationen“ ohne polizeiliche Überwachung nur wenig beachtet werden.

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya bestätigte, die RSVG habe heute auf Nachfrage telefonisch mitgeteilt, dass die Fahrer ab sofort auf Staus flexibel reagieren und dann den alternativen Linienweg durch Schwarz-Rheindorf wählen können.

Abg. Metz stellte fest, nach dem Bericht von Herrn Siegberg werde es - auf Grund der mangelnden Rückläufe aus den Kommunen - bezogen auf zusätzliche P & R-Plätze bis zu den Sommerferien keine Fortschritte geben. Dies sei aus seiner Sicht unbefriedigend, zumal die vorliegende Auslastungsstatistik/Kommune sehr wohl einen perspektivischen Bedarf aufzeige. Hier brauche man eine Gesamtkonzeption. Positiver sei dagegen die jetzt angekündigte separate Führung der Linie 66 auf einem Teilstück der B 56. Zu drei Punkten erbitte er noch einen Bericht der Verwaltung:

1. Vorübergehende Öffnung der Anschlussstelle (AS) Bonn-Endenich
2. Umstellung von Ampelschaltungen entsprechend der Verkehrsbelastung
3. Änderung von Vorfahrtsregelungen auf Umleitungsstrecken

Herr Siegberg sagte zu, eine entsprechende Anfrage zur Öffnung der AS Bonn-Endenich an die Bezirksregierung zu richten und die Ampelschaltung auf der L 16 und L 269 mit Straßen.NRW zu besprechen. Auch eine mögliche Änderung von Vorfahrtsregelungen werde er noch einmal in den Gesprächen mit Bonn thematisieren. Er mache aber bereits jetzt darauf aufmerksam, dass der Autofahrer für Änderungen der Verkehrsregelungen in der Regel ein Jahr Umgewöhnungszeit benötige.

Bezogen auf die Abfrage bei den Kommunen nach zurzeit ungenutzten Grundstücken in der Nähe von wichtigen ÖPNV-Haltestellen zur vorübergehenden Einrichtung von P & R-Plätzen erklärte er, es gebe bisher Rückläufe aus Troisdorf, Niederkassel und Rheinbach, die nur begrenzte Möglichkeiten zur Einrichtung von P & R-Plätzen sehen.

10	Mitteilungen und Anfragen	
----	---------------------------	--

10.1	Verlängerung der Buslinie 579 bis Windeck-Rosbach - Ergebnis des Prüfauftrages -	
------	---	--

22. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 18.03.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya erläuterte, eine Verlängerung der Buslinie über den bisherigen Endhaltepunkt der RSVG in Windeck-Schladern bis Windeck-Rosbach sei mit der Pausenregelung nicht vereinbar.

Abg. Krauß erinnerte an den Hintergrund des Prüfauftrages. Mit einer Verlängerung der Buslinie solle auch eine Anbindung an das neue Einkaufszentrum in Rosbach (Eröffnung 01.04.14) erreicht werden. Unter dem Gesichtspunkt des Arbeitsschutzes werden selbstverständlich Pausenzeiten respektiert. Dennoch sei es nach seinen RSVG-Informationen durchaus möglich, zumindest im 2-Stunden-Takt Fahrten bis nach Windeck-Rosbach anzubieten. Er glaube, dass eine solche Verbindung erfolgreich sein werde. Deshalb bitte er die Verwaltung bis zur Sitzung am 29.04.14 erneut um Prüfung, ob nicht wenigstens einzelne Fahrten (2-Stunden-Takt) bis nach Windeck-Rosbach verlängert werden können.

Abg. Anschütz äußerte, die Bitte des Abg. Krauß entspreche auch der Intention ihrer Fraktion. In dem ländlichen Raum gebe es nur wenig ÖPNV. Zwischen Schladern und Rosbach bestehe zurzeit keine Busverbindung. Die Region lebe von dem Bahnanschluss, wobei die Verdichtung des S-Bahn-Taktes bis Hennef oftmals zu dem Problem führe, dass in Windeck nur eine Zügeinheit eingesetzt werde. Ihre Fraktion plädiere deshalb ebenfalls dafür, dass wenigstens einige Male am Tag die ÖPNV-Verbindung bis Windeck-Rosbach eingerichtet werde.

Herr Dr. Sarikaya wies darauf hin, die Verwaltung habe sich vehement für die Verlängerung der Buslinie 579 eingesetzt und sei davon ausgegangen, dass dies auch machbar sei. Ihn wundere nur, dass die RSVG in den Gesprächen nicht von sich aus der Verwaltung vorgeschlagen habe, unter Berücksichtigung der Pausenregelung nur jede 2. Fahrt der Buslinie 579 bis nach Windeck-Rosbach zu führen. Er werde dies gerne noch einmal bei dem Verkehrsunternehmen ansprechen und in der nächsten Sitzung (29.04.14) berichten.

Abg. Krupp betonte, ihre Fraktion sehe ebenfalls den Bedarf und unterstütze das Anliegen.

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, stellte fest, es bestehe **Einvernehmen** über einen **erneuten Prüfauftrag an die Verwaltung** und entsprechenden **Bericht am 29.04.14**.

10.2	Neubau der Aggerbrücke bei Lohmar-Schiffarth, K 39 - Sachstandsbericht -	
------	---	--

Abg. Metz trug vor, zurzeit werde an der Aggerbrücke bei Schiffarth nicht gearbeitet. Auch wenn die Bauunterbrechungen nicht vom Rhein-Sieg-Kreis, sondern von den Bauunternehmen zu vertreten sind, entstehe ein Imageschaden für den Rhein-Sieg-Kreis, der nach außen als Bauherr auftrete. Hinzu komme, dass in 1-2 km Entfernung von der Stadt Lohmar eine ähnliche Brücke ohne Probleme errichtet werde. Natürlich gebe es immer individuelle Umstände. Deutlich werde aber an diesem Fall, dass die Kommunikation verbessert werden müsse. Insofern bitte er um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie soll die Kommunikation nicht nur mit dem Kreistag und den Rettungsdiensten, sondern insbesondere auch mit der Bevölkerung

22. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 18.03.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

und der Stadt Lohmar zukünftig verbessert werden?

2. Besteht für die angekündigte Fertigstellung bis Ende Mai ein konkreter Zeitplan oder handelt es sich dabei lediglich um einen Wunschtermin?

Abg. Koch schloss sich den Ausführungen des Abg. Metz an und wies darauf hin, dass die in der Zuständigkeit der Stadt Lohmar liegende Brücke bei Lohmar-Höngesberg in zwei Wochen eröffnet werde, obwohl der Bau 4 Monate später als die Brücke bei Schiffarth begonnen habe. Dies stoße in der Bevölkerung auf wenig Verständnis, da die Umstände nicht nachvollziehbar seien. Entsprechend werden bei den Kommunalpolitikern in Lohmar Fragen gestellt. In den Lohmarer Gremien seien die Hintergründe nicht bekannt gewesen. Die heutige Vorlage mache die Zusammenhänge transparenter. Er könne nur hoffen, dass der jetzt angekündigte Fertigstellungstermin auch eingehalten werde.

Planungsdezernent Jaeger räumte einen völlig unbefriedigenden Ablauf ein, erklärte aber gleichzeitig, dass dies nicht an einer mangelhaften Planung des Rhein-Sieg-Kreises liege. Im Gegensatz zur Brücke in Höngesberg hätten sich hier erhebliche Verzögerungen durch einen Nachunternehmer eingestellt, der sich wiederholt nicht an Auflagen des Natur- und Landschaftsschutzes gehalten habe. Der Unternehmer sei bereits im November 2013 in Verzug gesetzt worden. Des Weiteren sei es zu nicht von hier zu vertretenden Bauunterbrechungen infolge wechselseitiger Behinderungen der für die Einzelgewerke verantwortlichen Planungsbüros gekommen. Ursprünglich sollte das Bauprojekt am 28.02.14 abgeschlossen sein. Nach dem derzeitigen Kenntnisstand werde nunmehr von einer Fertigstellung Ende Mai 2014 ausgegangen. Die Verlängerung der Bauzeit sei vom Planungsamt rechtzeitig ins Verfahren gegeben worden.

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, erklärte, er sei in der Zwischenzeit mehrfach in Lohmar gewesen und habe an der Baustelle nie einen Arbeiter angetroffen. Die für Rosenmontag angekündigten Probebohrungen seien auch erst einige Tage später erfolgt. Seitdem passiere nichts mehr. Auch heute sei dort nicht gearbeitet worden. Er bitte die Verwaltung, hier noch einmal Kontrollen durchzuführen. Ihn interessiere, welche Gewerke den Verzug verursacht haben und warum von Seiten des Kreises nicht längst auf die/den unzuverlässigen Unternehmer reagiert worden sei. Bezug nehmend auf die Äußerung der Verwaltung, die Verzögerungen seien rechtzeitig kommuniziert worden, wies er darauf hin, dass auf dem Mobilitätsportal „mobil-im-rheinland“ die Aggerbrücke zwar als Baustelle eingegeben sei, dort aber immer noch von einem Zeitraum bis zum 28.02.2014 die Rede sei. Er habe inzwischen eine Anfrage an die Kreisdirektorin gerichtet. Eine Antwort liege noch nicht vor.

Herr Jaeger versicherte nochmals, dass das Planungsamt in seiner Bauherreneigenschaft jede Woche und ggf. mehrmals vor Ort sei und entsprechende Kontrollen durchführe.

KVR Pütz wies darauf hin, dass die Mitteilung über die Verlängerung der Bauzeit, die das Straßenverkehrsamt an die Rettungsdienste und die übrigen Beteiligten herausgebe, fristgerecht Ende Februar erfolgt sei. Da die Planungsbüros erst 4 Tage vor Fristablauf einen Verlängerungsantrag gestellt haben, konnte der Antrag auch erst kurz vor Fristablauf nach Prüfung der Voraussetzungen und Beteiligung der erforderlichen Stellen genehmigt werden. Die Genehmigung ist zeitgleich an die Leitstelle weitergeleitet worden. Über die ggf. nicht aktualisierte Mitteilung auf dem Mobilitätsportal „mobil-im-rheinland“ habe er keine Informationen, werde dies aber

22. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 18.03.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

umgehend prüfen.

10.3	Aktuelle Mitteilungen und Anfragen	
------	---	--

a) Barrierefreiheit im ÖPNV

Abg. Krauß nahm Bezug auf den Bericht von Herrn Dr. Sarikaya im Ausschuss für Angelegenheiten von Menschen mit Behinderungen am 12.02.14 zur Umsetzung der Vorgabe des § 8 Abs. 3 PBefG und hier insbesondere zum barrierefreien Ausbau der Bahnstationen. Dort sei eine Prioritätenliste der DB als Nachreichung zum Protokoll angekündigt worden. Im Protokoll finde man aber nur eine Übersicht über den Ausbaustandard der Bahnhöfe. Insofern bitte er, die Prioritätenliste der DB dem Protokoll der heutigen Sitzung beizufügen. Zur Ausbauübersicht bemerkte er, dort sei der Bahnhof Bornheim-Roisdorf als „bereits barrierefrei ausgebaut“ gekennzeichnet, obwohl hierfür seit Jahren vergeblich um die Mittelbereitstellung gekämpft werde. Hier bitte er um Klarstellung.

Hinweis der Verwaltung:

Es gibt keine Prioritätenliste für SPNV-Haltepunkte. Daher war dem Protokoll des Ausschusses für Angelegenheiten von Menschen mit Behinderungen ein Auszug aus dem Nahverkehrsplan des Rhein-Sieg-Kreises beigelegt. Dort ist lediglich der Ausbaustandard der Bahnsteige dargestellt.

Es ist richtig, dass der Haltepunkt Bornheim-Roisdorf nicht barrierefrei ist.

Abg. Anschütz wies darauf hin, dass der Aufzug zum Gleis 2/3 am Bahnhof Hennef defekt sei. Sie erkundigte sich, ob solche Beschränkungen der Barrierefreiheit dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, machte darauf aufmerksam, dass es eine sehr interessante „App“ gebe, auf der alle barrierefreien bzw. für Rollstuhlfahrer geeigneten Haltepunkte und Einrichtungen eingetragen seien.

Hinweis der Schriftführerin:

***Wheelmap.org** ist eine Online-Karte zum Finden und Markieren rollstuhlgerechter Orte. Mit einem einfachen Ampelsystem werden öffentlich zugängliche Orte entsprechend ihrer Rollstuhlgerechtigkeit markiert. Mit diesen Informationen soll es für mobilitätseingeschränkte Menschen leichter werden ihren Tag besser zu planen und damit unabhängiger sowie leichter am Alltag teilhaben zu können.*

Wheelmap.org ist ein Projekt des Sozialhelden e.V., das Informationen über rollstuhlgerechte Orte sammelt und öffentlich zugänglich macht. Es wurde 2010 von Raul Krauthausen gestartet und ist mittlerweile die größte Plattform seiner Art im WorldWideWeb. Das Kartenmaterial von Wheelmap.org stammt vom OpenStreetMap-Projekt.

Neben der regulären Website existieren Apps für Apple iOS und das Android-Betriebssystem. Diese bieten die Möglichkeit, zum Beispiel nur voll rollstuhlgerechte Orte einer bestimmten Kategorie (Restaurant, Kreditinstitut, Behörden, etc.) in der Umgebung anzuzeigen.

22. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 18.03.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

b) Bundesverkehrswegeplan

Abg. Bausch nahm Bezug auf den heute als Tischvorlage nachgereichten aktuellen Schriftwechsel mit Frau Regierungspräsidentin Gisela Walsken zum Bundesverkehrswegeplan (BVWP). Der Landrat hatte die Regierungspräsidentin gebeten, sich dafür einzusetzen, dass das Landesverkehrsministerium die Anmeldungen zum BVWP so vornehme, wie sie der Regionalrat beschlossen habe. Die Antwort sei aus seiner Sicht sehr enttäuschend, da sie lediglich die formale Sichtweise berücksichtige. Dem Landrat sei es aber vielmehr darum gegangen, dass das Land die Meldungen des Kreistages und des Regionalrates zum BVWP völlig ignoriert habe.

c) Sanierung K 39, Gammersbach/Lohmar

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, bat darum, dem Protokoll einen Sachstandsbericht zu dieser Baumaßnahme. beizufügen.

Planungsdezernent Jaeger sagte dies zu.

Hinweis der Schriftführerin:

Der Sachstandsbericht ist der Niederschrift als Anlage 8 beigefügt.

d) Gewerbeflächenkonzept

Herr Jaeger informierte über den Sachstand. Nach einer Entscheidung der Lenkungsgruppe sei der Auftrag im Januar an das Planungsbüro Dr. Jansen, Köln (Auftragssumme 61.400,-- € netto) vergeben worden. Der Gutachter werde in den kommenden Monaten die Gespräche mit den Kommunen führen. Ende 2014 soll der Entwurf des Gutachtens vorliegen.

Abg. Metz bat darum, im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Gutachter darauf zu achten, dass das Ergebnis auch den qualitativen Anforderungen entspreche und insbesondere auch eine ausreichende Prüfung der Umweltbereiche statfinde.

Ende des öffentlichen Teils

Nichtöffentlicher Teil

11	Mitteilungen und Anfragen	
----	---------------------------	--

Hierzu lagen keine Wortmeldungen vor.

22. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 18.03.2014		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Ingo Steiner
Vorsitzender

Ursula Hillebrand
Schriftführerin